

# Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben  
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands  
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.  
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher M 8538. ...  
Redaktionschluß Montags  
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Peti-  
zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 7

Cöln, den 27. März 1915.

III. Jahrgang.

## Vorwärts, dem Ziel entgegen.

Seit sieben Monaten tobt nunmehr der Kampf. Fast 40 Prozent unserer Mitglieder stehen im Felde. Durch die Einberufung des ungedienten Landsturms erhöht sich die Zahl Tag um Tag und lichten sich unsere Reihen. In Anbetracht der welterschütternden Ereignisse und der Länge der Zeit in der sich dieselben hinausziehen, muß uns da nicht bange werden ob unserer Organisation? Sollten wir den Mut verlieren? Nein, nein und nochmals nein! Wenn Millionen Soldaten in sich die Kraft fühlen, die Strapazen des Krieges geduldig fürs Vaterland zu ertragen, dann werden auch wir die schreckliche Zeit überwinden, die Kraft in uns finden, die Organisation in der ernstesten Zeit hochzuhalten. Trotz der Wirren, hat die Organisation versucht, die Interessen der Mitglieder wahrzunehmen und Erfolge aufzuweisen. Unter erschwerenden Umständen wurden sogar, dort wo eifrige Kollegen an der Spitze standen, neue Anhänger gewonnen. Die Agitation in der Jetztzeit wird aber besonders durch den Mangel an geschulten Kollegen erschwert. Im allgemeinen sind ja die verwaisten Posten wieder mit anderen Kollegen besetzt worden; doch fehlt vielen von diesen die Erfahrung und praktische Ausbildung. Die Erziehung und Ausbildung dieser neuen Vertrauensmänner ist darum in erster Linie notwendig. Sie muß unverzüglich begonnen werden, weil gerade die jetzige Zeit zu innerer Arbeit geeignet ist. Die Versammlungstätigkeit wird ja während des Krieges nicht so intensiv werden wie ehemals und auch andere Umstände sprechen dafür.

Dabei scheint uns aber eines von besonderer Wichtigkeit zu sein: die Vorbereitung auf kommende, große Aufgaben. Nach dem Kriege, wenn das Wirtschaftsleben wieder die Richtung einer gesunden Aufwärtsentwicklung einschlagen wird, werden die christlichen Gewerkschaften auf ihrem Platze sein müssen. Wie sie dann eingreifen können, davon wird in der Zukunft vieles abhängen. Und darum ist für uns die Vorbereitung notwendig. Deshalb müssen wir schon jetzt arbeiten, damit wir nicht nur jetzt unsere Organisationen erhalten, sondern auch dann geschulte und leistungsfähige Agitatoren vereint mit den aus dem Kriege zurückkehrenden Kollegen in den Dienst unserer Bewegung stellen können. Dann können wir versichert sein, daß auch in einer späteren Zeit die christlichen Gewerkschaften am Platze sein werden, im Interesse der christlichen Arbeiterschaft, ebenso wie in dem der Gesellschaft. Deshalb

Vorwärts, dem Ziel entgegen!

## Erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise.

Als England den Entschluß faßte, nicht nur den Krieg gegen unsere bewaffnete Macht, sondern durch Abschneiden der Lebensmittelfuhr auch gegen das gesamte deutsche Volk, gegen Frauen, Greise und Kinder zu führen, war vorauszu sehen, daß die Lebensmittelpreise sich erheblich in die Höhe schrauben würden. Die behördlichen Maßnahmen, Festsetzung von Höchstpreisen, sind nicht von durchschlagenden Erfolgen gewesen, wenn auch dahingestellt bleibt, ob nicht dadurch eine noch erheblichere Verteuerung vermieden worden ist. Ohne Zweifel hat die Verteuerung und das ist wohl der Zweck, worum die Behörden nicht entschiedener dem entgegengewirkt haben, das Volk zu einer sparsameren Verwendung der vorhandenen Lebensmittel veranlaßt. Dieses Bestreben hat aber eine Grenze über die hinaus der Zweck in Frage gestellt wird und zwar da, wo der Preis auch derjenigen Lebensmittel, die wir im Inlande selbst genug erzeugen, eine Höhe erreicht, daß er von der breiten Masse nicht mehr gezahlt werden kann. Alle guten Ratschläge für eine zweckmäßige Ernährung, für eine Einschränkung des Konsums, ohne Gefährdung der Gesundheit, sind zwecklos wenn die Ersatzmittel für wenig vorhandene Lebensmittel so teuer geworden sind, daß sie die große Masse nicht mehr bezahlen kann. Dieser Umstand verleitet unsere Hausfrauen dazu, ihren Haushalt nicht danach einzurichten, wie wir die Mangelungspläne Englands am besten durchkreuzen können, sondern, wie mit dem vorhandenen Einkommen am billigsten, zweckmäßigsten gewirtschaftet werden kann.

Man kann ihnen daraus auch keinen Vorwurf machen. Daß tatsächlich heute in den meisten Haushaltungen mit jedem Pfennig gerechnet werden muß, zeigt uns folgendes: Die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes berechnen sich nach dem Index, nach der „Galverschen Konjunktur“ für eine vierköpfige Familie pro Woche:

1914	Mk.	Mehr + oder - weniger gegen den Vormonat
Juli	25,12	
August	26,44	+ 1,32
September	26,14	- 0,30
Oktober	27,09	+ 0,95
November	27,86	+ 0,77
Dezember	28,74	+ 0,88

In den fünf Monaten war daher eine Steigerung um 3,62 Mk. pro Woche zu verzeichnen. Seit Dezember ist aber die Steigerungswelle nicht abgeflaut, sondern noch immer

höher gestiegen. Um bedauerlichsten ist die Preissteigerung für die Konsumartikel der breiten Masse, Fett und Kartoffeln. Letztere kosten heute mehr wie das Doppelte wie in sonstigen Jahren. In den letzten Tagen wurde sogar berichtet, daß im Kleinhandel für 10 Pfund 1.00 bis 1.20 Mark verlangt wurden.

Es bedarf wohl keines Nachweises, daß unter dieser Preissteigerung diejenigen Schichten, zu der auch ein großer Teil unserer Mitglieder gehören, am meisten zu leiden haben, die schon zu normalen Zeiten, infolge ihres geringen Einkommens, an der Grenze der Unterernährung angelangt sind. Hinzu kommt noch, daß alle Angehörigen der Kriegsteilnehmer, die auf die Unterstützung von Reich und Gemeinde angewiesen sind, zu dieser Stufe der Lebenshaltung herabgedrückt sind. Dieser Teil ist heute der Gefahr der chronischen Unterernährung ausgesetzt. Alle Wohlfahrtsrichtungen wie Suppenküchen, Schulspeisung der Kinder usw. sind nur ein Notbehelf und einen Tropfen auf den heißen Stein.

Wohl haben wir in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung schon vor dem Kriege, insbesondere auf dem Arbeiterkongreß 1913 in Berlin, auf die Gefahren hingewiesen, die der Volksgesundheit durch immer mehr steigenden Preise für Lebensmittel erwachsen und Abhilfe verlangt. Auch eine Reihe Vorschläge gemacht, die wenn sie von maßgebender Stelle besser beobachtet uns heute vor mancher unliebsamen Kalamität bewahrt hätte. Auch der sich während des Krieges gebildete Kriegsausfluß für Konsumenteninteressen hat manchen wertvollen Vorschlag gemacht und erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Verständlich ist aber, daß jetzt in der anormalen Zeit keine Gelegenheit mehr ist, diese wichtige Frage zur grundsätzlichen Lösung zu bringen. Alle jetzt getroffenen Maßnahmen müssen als ein Notbehelf angesehen werden, die nur für die erste Zeit eine kleine Vinderung herbeiführen können. Durchgreifende Maßnahmen für einer Sicherstellung der Versorgung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen, grundsätzlicher Art, müssen ruhigeren Zeiten vorbehalten bleiben.

Damit ist uns in der gegenwärtigen Zeit aber nicht gedient. Vom billigen Brot, Fleisch und Kartoffeln, die vielleicht in späteren Jahren kommen, können wir heute nicht leben. Hier muß sofort geholfen werden. Es entspricht der Gerechtigkeit nicht, daß nur ein Teil des Volkes die Lasten des Krieges tragen soll, während derjenige, der tief genug in den Beutel fühlen kann, sich gar keiner Beschränkung seiner früheren Lebensgewohnheiten aufzuerlegen braucht.

Hier einen Ausgleich zu schaffen, ist nur möglich, indem man der großen Masse Mittel genug in die Hand gibt, um wenigstens die notwendigen Lebensmittel, die im großen Ganzen genommen, für alle ausreichen werden, kaufen zu können. Wenn man die Entwicklung der letzten Monate genau verfolgt, sollte man zu der Ueberzeugung kommen, daß die moralische Probe auf die unser Volk durch den Krieg gestellt, doch wohl von allen nicht bestanden wird. Die Gewinnsucht, das Streben nach großem mühelosen Gewinn auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren hat bedenkliche Formen angenommen.

Es entspricht daher wohl der sozialen Gerechtigkeit wie auch des Burgfriedens, wenn wir überall mit Vorschlägen an die Stadtverwaltungen und Direktionen herantreten, durch Gewährung von besonderen Lohnzulagen einen gewissen Ausgleich zwischen dem Einkommen und der erheblichen Verteuerung der Lebenshaltung zu schaffen. Eine Störung des sozialen Friedens, als was unser Vorgehen

jedenfalls von sozial Rückschrittlern gestempelt werden wird, bedeutet es nicht. Auch die starke finanzielle Belastung der meisten Stadtverwaltungen kann der Erfüllung unserer Wünsche kein Hindernis sein. Sie werden überall erfüllt werden können, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Verschiedene Städte sind bereits dazu übergegangen und haben durch Gewährung von Teuerungszulagen der sich allmählich bei den schlecht entlohnnten Angestellten und Arbeitern einstellenden Not zu steuern versucht. Die Militärverwaltung zahlt heute durchschnittlich ein Aufschlag von 30 Prozent über die Friedenspreise und auch die Privatindustrie mußte sich in den meisten Fällen zu einem angemessenen Lohnaufschlag verstehen. Da dürfte es unbillig erscheinen, wenn die Kommunalbehörden und Straßenbahndirektionen sich im Allgemeinen dieser Forderung widersetzen. Wir sind auch der festen Ueberzeugung, daß der Personal- und Arbeitermangel bei diesen Betrieben nicht eher eingeschränkt wird, bis diese Forderung erfüllt ist.

### Aus unseren Berufen.

Eine Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage richteten unsere Kölner Ortsgruppen an das Oberbürgermeisteramt und Stadtverordnetenkollegium. In derselben wird angeführt, daß es infolge der Teuerung einem großen Teile der städtischen Angestellten und Arbeiter nicht mehr möglich sei, mit dem bisherigen Lohne auszukommen. Besonders bedürften die niedrigen Löhne in den ersten Dienstjahren dringend einer Aufbesserung. Hoffentlich wird eine günstige Beantwortung nicht lange auf sich warten lassen.

Die Berliner Straßenbahnverhältnisse. Die Große Berliner Straßenbahn hatte eine Eingabe an den Zweckverband Großberlin gemacht, in der die Genehmigung für eine weitere Einschränkung des Verkehrs verlangt wurde. Die Forderung wurde begründet mit dem Personalmangel.

Der Ausschuß des Zweckverbandes beschäftigte sich anfangs März in einer Sitzung mit dieser Eingabe, konnte aber die Begründung nicht als stichhaltig anerkennen. Bei gutem Willen ließe sich dem Personalmangel abhelfen. Allerdings müßten dann die Löhne erhöht werden. Löhne von 3.50 bis 4.00 Mk. pro Tag wäre bei dem schweren Dienst zu niedrig. Bei dieser Entlohnung ließe sich das Personal nicht ergänzen. Die Straßenbahn habe Rücksicht auf das Verkehrsbedürfnis zu nehmen, wenn auch mal die Dividenden niedriger ausfallen würden.

Wir sind hier in der seltenen Lage, daß unsere Ansichten auf sozialem Gebiete genau mit denen der Vertreter der Städte übereinstimmen. Hoffentlich finden sich noch viele Vertreter von Stadtgemeinden, die mit ihren Berliner Kollegen einer Meinung sind.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung. Wenn schon in Friedenszeiten die Arbeitsvermittlung sehr viele Mängel zeigte, die in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß es an einer Einheitlichkeit, an dem engen Zusammenwirken sämtlicher Anstalten fehlt, sind diese Mängel während der Kriegszeit besonders hervorgetreten. Es erscheint sehr fraglich, ob die deutschen Arbeitsnachweise bei ihrer jetzigen Verfassung auch nur annähernd ihre Aufgabe voll und ganz erfüllen können, wenn erst nach Friedensschluß die gewaltigen Massen der Geeresangehörigen ins bürgerliche und gewerbliche Leben zurückfluten. In letzter Zeit haben nun Verhandlungen zwischen den Vertretern der Christlichen, den Freien, Girsch-Dunderschen und Polnischen Gewerk-

schaften stattgefunden und wobei sie sich auf 10 Leitsätze für die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises geeinigt haben. In einer gemeinsamen Petition die von einer Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften dem Herrn Reichskanzler überreicht wurde, sind der Regierung geeignete Vorschläge für eine gesetzliche Regelung, oder falls dieser Weg jetzt nicht gangbar sei, durch eine Bundesratsverordnung gemacht worden.

Dieses gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen wird besonders in den Reihen unserer christlichen Gewerkschaften mit großer Befriedigung aufgenommen werden. Wenn das, was in der Petition gefordert und in den Leitsätzen näher umschrieben wird, durch gesetzliche Regelung zur Wirklichkeit würde, wäre eine der Forderungen des Dresdener Kongresses der christlichen Gewerkschaften erfüllt und damit Deutschland auf sozialpolitischem Gebiet ein großes Stück weiter.

**Wirtschafts- und soziale Fragen im Reichstag.** Am 10. März ist der Reichstag wieder zusammengetreten. Der neue Reichssekretär Dr. Helfferich gab ein übersichtliches Bild über die Wirtschafts- und Finanzlage, die trotz des Krieges als gut und weit besser als die der uns feindlichen Staaten bezeichnet wurde. Der Goldbestand der Reichsbank ist auf 2,3 Milliarden Mark angewachsen, die Sparkasseneinlagen sind bis Ende 1914 um 900 Millionen Mark gestiegen. Die Gewerbetätigkeit ist gut, die Arbeitslosigkeit nur in einzelnen Berufsarten anzutreffen und im allgemeinen gering. Das deutsche Volk wird somit durchhalten können bis zum endgiltigen Sieg über seine Feinde. Die Opfer an Gut und Blut sind allerdings sehr schwer. Im Haushaltetat für das Jahr 1915/16 werden zu den bereits genehmigten 10 Milliarden weitere 10 Milliarden Mark Kriegskredit angefordert und vom Reichstag auch glatt genehmigt werden. Die Besprechung der politischen und Wirtschaftsfragen wurde in die Budgetkommission verlegt; die Verhandlungen sind meist vertraulich. Eine eingehende Besprechung fand statt über die Ernährungsfrage. Es ergab sich hierbei, daß Deutschland mit den vorhandenen Nahrungsmitteln auskommt und ausreicht, wenn die Vorschriften des Bundesrats beachtet werden. Die vorgeschriebene Mehleration 220 gr pro Kopf ist eine Durchschnittsquote. Von Regierungsseite wurde betont, daß darauf nicht unbedingt jede Person Anspruch habe, daß andererseits aber im Interesse der körperlich schwer Arbeitenden über diesen Satz hinausgegangen werden dürfe. Die Gemeinden haben es in der Hand, hier einen Ausgleich zu treffen. Nötigenfalls kann die Reichsverteilungsstelle den Gemeinden mit großer Arbeiterzahl eine höhere Quote zuweisen. Außerdem wurde einer rationellen Verwendung von Kartoffeln und einer entsprechenden Preisgestaltung das Wort geredet. Um Kartoffeln für die menschliche Ernährung frei zu bekommen, wurde die Abschachtung einer größeren Anzahl von Schweinen angeregt, eine Sache, die planlos auch nicht durchgeführt werden darf, soll nicht die Fleischversorgung in Frage gestellt werden. Einen Erfolg haben die vereinigten Gewerkschaften zu verzeichnen, die in einer gemeinsamen Petition um eine durchgreifende gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises beim Reichstag vorstellig geworden sind. Die aufgestellten Forderungen und Leitsätze wurden vom Centrum in einer Resolution übernommen und von der Budgetkommission fast einstimmig akzeptiert. Der Staatssekretär verwies auf die der Durchführung entgegenstehenden Schwierigkeiten, will aber durch verschiedene Maßnahmen entgegenkommen. Insbesondere soll mit dem Kriegsminister vereinbart werden, daß nach Beendigung des Krieges die zurückkehrenden Krieger als Arbeitskräfte nicht mit einem Male auf den Arbeitsmarkt kommen. Die Zentralstelle soll ausgebaut und die Gemeinden zur Errichtung von Arbeitsnachweisen angegangen werden. Außerdem erreichte die Kommission, daß die Wochenhilfe auf weitere Kreise ausgedehnt und den Kriegerfamilien die Unterstützung nach den Winterfäden belassen wird.

## Arbeiterbewegung.

**Goldene Worte.** Worte, auf die wir auch nach dem Krieg noch oftmals verweisen müssen, für deren Umsetzen in die Tat wir christlichen Gewerkschaften nach dem Krieg noch zu kämpfen haben, findet der Geheime Admiralitätsrat Koch in der Monatschrift „Das neue Deutschland“, in der er schreibt:

„Eine heilige Pflicht aber wird es sein, wenn unsere Reserven und Landwehrlente das feldgraue Ehrenkleid wieder ablegen, dafür zu sorgen und allen Fleiß daran zu setzen, die Gemnisse ihres wirtschaftlichen Gedeihens zu beseitigen. Wohl schreiten wir voran auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, das ist der Hauptgrund des grimmigen Hasses der Briten, aber auch bei uns ist es noch möglich und nötig, noch Mannigfaches zu leisten, damit der wirtschaftliche Erfolg mit möglichst geringen Unkosten belastet wird, und damit dem Arbeiter ein möglichst großer Anteil vom Werte seines Arbeitsergebnisses zugewendet werden kann.“

„Damit dem Arbeiter ein möglichst großer Anteil vom Werte seines Arbeitsergebnisses zugewendet werden kann“, und wir dehnen das Wort aus und sagen, damit dieser Anteil dem Arbeiter und Angestellten auch zugewendet wird, dafür zu sorgen, ist unsere gewerkschaftliche Aufgabe. Dafür müssen alle Zurückgebliebenen auch jetzt während des Krieges Opfer bringen, regelmäßig ihre gewerkschaftlichen Kriegssteuern zahlen. Denn die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen dürfen mit Recht erwarten, daß sie das beim Kriegsbeginn Verlassene gut erhalten wiederfinden, damit auch ihnen, die jetzt die größten persönlichen Opfer bringen, nach ihrer Wiederkehr ein möglichst großer Anteil vom Werte ihres Arbeitsergebnisses zugewendet wird. Möchten sich unsere Kollegen dies allezeit vor Augen halten.

## Rundschau.

Mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet und zum Gefreiten befördert wurde der Kollege Hermann Richard Cöln. Unseren herzlichsten Glückwunsch. Möge ihm eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

**Weitergewährung der Winterunterstützung an die Kriegerfamilien.** Ende April läuft die Frist ab, innerhalb der den Familien der Kriegsteilnehmer eine im Vergleich zu den Sommermonaten erhöhte Unterstützung (12 Mk. anstatt 9 Mk.) zusteht. Gegen die Herabsetzung der Unterstützung, wie sie bis einschließlich April bezahlt wird, spricht jedoch eine Reihe triftigster Gründe. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat das in einer Eingabe an den Stellvertreter des Reichskanzlers dargetan und sich für die Beibehaltung des in den Wintermonaten bezahlten Unterstützungsbetrages auch für die Zeit nach April ausgesprochen. Das wird wie folgt begründet:

Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen beträgt die staatliche Unterstützung für die bedürftigen Ehefrauen der Kriegsteilnehmer in den Wintermonaten November bis April 12 Mk., in den übrigen des Jahres 9 Mk. Demgemäß soll der gegenwärtig auszahlende Betrag von Mai bis Jahres an um 3 Mk. herabgesetzt werden. Das würde für die große Zahl der wirklich bedürftigen Kriegerfamilien eine empfindliche Verminderung ihres Einkommens bedeuten, zumal die Gemeinden fast durchgängig ihre kommunalen Zuschüsse im Verhältnis zu der Staatsunterstützung festgesetzt haben. Der Ausfall an Einkommen würde infolgedessen nicht 3 Mk., sondern vielmehr 4,50 Mk., 5,00 Mk., 6 Mk. und vereinzelt noch mehr pro Monat ausmachen.

Diese Einbuße wäre für den Haushalt der Kriegerfamilien aber doppelt schwerwiegend im Hinblick auf die Verteuerung aller Lebensmittel, die in den letzten Monaten eingetreten ist. Die Preise für die unentbehrlichsten Nahrungsmittel, wie Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Fleisch sind in der letzten Zeit so enorm gestiegen, daß jetzt schon in vielen Kriegerfamilien ein tatsächlicher Notstand vorhanden ist. Eine Kürzung der jetzigen Bezüge wird diese Verhältnisse noch in bedenklicher Weise verschlimmern.

Im Hinblick auf diese Sachlage sehen Unterzeichnete sich veranlaßt, der hohen Reichsregierung die dringende Bitte zu unterbreiten, sofern eine von uns in der Eingabe vom 5. Oktober 1914 beantragte allgemeine Erhöhung der Familien-Kriegsunterstützung nicht durchführbar sein sollte, zum mindesten dann die Winterunterstützung von 12 Mk. pro Monat für Ehefrauen auch nach dem Monat Mai bestehen zu lassen. Eine solche Maßnahme würde wenigstens in etwa die sprunghafte Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel in den letzten Wochen für die bedürftigen Kriegerfamilien ausgleichen.

Änderung der Kriegshinterbliebenenrenten? Nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen ist die Rente für Witwen und Waisen von Kriegsteilnehmern abgestuft nach dem zuletzt bekleideten Rang des Gefallenen in der Armee, sonst ist sie einheitlich geregelt. Jetzt machen sich einflußreiche Strömungen bemerkbar, die eine Änderung dieses Gesetzes dahingehend erstreben, daß nicht die militärische Stellung des Verbliebenen, sondern sein bürgerliches Einkommen der Rentenberechnung zu Grunde gelegt werden soll. Ende Februar hat in Berlin auf Veranlassung des Hanjabundes und des Bundes der Landwirte eine Konferenz wirtschaftlicher Organisationen getagt, wo diese Forderung erhoben worden ist. Auch in politischen Kreisen hat dieser Gedanke schon Anhänger und Vertreter gefunden.

Im Interesse der breiten Volksmassen sind gegen diese Forderung aber gewichtige Bedenken zu erheben. Auf den Schlachtfeldern tun unsere Soldaten, gleichviel welchen Standes oder Berufes, all ihre Pflicht und Schuldigkeit, und wenn sie ihr Leben fürs Vaterland opfern, dann soll man ihre Angehörigen nicht nach reich und arm klassifizieren, sondern gleichmäßig behandeln und versorgen. Die Hinterbliebenenrente soll und kann ja keine Entschädigung für den infolge des Krieges erlittenen Verlust sein, sondern nur ein Existenzminimum für die Zukunft. Und mit diesem Existenzminimum müssen die Witwen von Beamten, Handwerkern, Kaufleute usw. ebenso auszukommen suchen wie die hinterlassenen Frauen von schlechtentlohnnten Angestellten und Arbeitern. Daß dies den letztern leichter sein wird, ist absolut noch kein Beweis dafür, daß es den erstern unmöglich ist. Welche Gefühle muß es bei unsern Soldaten aus den breiten Volksmassen — und sie bilden die große Mehrheit — auslösen, wenn sie erfahren müßten, daß im Falle ihres Heldentodes ihre Hinterbliebenen vom Staat schlechter versorgt würden wie andre die so glücklich waren, in ihrem bürgerlichen Leben ein höheres Einkommen zu haben. Man unterscheide also nicht nach hohem oder niedrigem Einkommen. Dagegen dürfte es nicht nur angebracht, sondern sogar notwendig sein, daß die Renten je nach der wirtschaftsgeographischen Lage abgestuft werden, wobei die Serbis-Klasseneinteilung der Staatsbeamten als Unterlage dienen könnte. Eine Familie in der teuren Großstadt braucht als Existenzminimum natürlich mehr, wie eine Familie auf dem platten Lande. Gegen eine solche Abstufung würden wohl von keiner Seite Bedenken erhoben werden können.

Anmeldung von Ansprüchen auf Hinterbliebenenversorgung. Ansprüche auf Gewährung von Kriegswitwen-, Kriegswaisen- oder Kriegselterngehalt sind von der Witwe, den Eltern oder dem Vormund der Waisen eines verstorbenen Kriegsteilnehmers bei den örtlichen Verwaltungsbe-

hörden auf dem Rathaus oder der Bürgermeisterei zu stellen. In größeren Städten sind für die Rentengeschäfte usw. bei der Verwaltung Jogen. Militärbüros eingerichtet. Gegebenenfalls wende man sich also an diese. Mitzubringen ist irgend ein amtliches Papier zum Ausweise, daß der Gatte, Sohn oder Vater gefallen ist, sowie ferner ein Nachweis über das Ehe- oder Verwandtschaftsverhältnis, z. B. Heiratsurkunde, Familienstammbuch. Bedürftigkeit braucht für Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld nicht nachgewiesen zu werden, wohl aber bei Kriegselterngehalt. Ueber die Art der Beschaffung dieses Nachweises ist vorläufig noch nichts Genaueres bestimmt, wie sich denn überhaupt die ganze Art des Verfahrens betr. die Feststellung und Abänderung der Rente wegen der Neuheit der Verhältnisse noch in der Entwicklung befindet.

### Verbandsnachrichten.

Allem Anscheine nach werden in den nächsten Monaten noch zahlreiche heerespflichtige Kollegen zu den Fahnen einberufen werden. Wir richten daher an sämtliche Vorstände der Ortsgruppen die dringende Bitte, schon jetzt dafür zu sorgen, daß sofort nach dem Einrücken unserer dienstpflchtigen Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute Ersatzmänner an ihre Stelle treten. Nur wenn dieses geschieht, wird es möglich, unseren Verband auch in dieser schweren Zeit zum Vorteile sämtlicher Mitglieder leistungsfähig zu erhalten.

Vom 4. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Köln (Straßenbahner), Köln (Schuldiener), Nürnberg, Elberfeld, Münster, Augsburg und Bittriching. Rückständig sind noch 7 Ortsgruppen.

Da in den nächsten Tagen der Quartal- und Jahresabschluß gemacht werden muß, werden die betreffenden Ortsgruppen ersucht, das Versäumte sofort nachzuholen.

Der Zentralvorstand.



Es starb den Heldentod fürs Vaterland unser Mitglied

**Friedrich Reinöker**

Danzig,

am 16. November im Gefechte bei Soldau, Ostpreußen.

**Wir werden dem tapferen Helden ein ehrendes Andenken bewahren.**

### Gedenktafel.



Gestorben ist der Kollege

**Anton Blant, München.**

Chre seinem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann; Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9. Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Marstr. 9.